Nummer 73

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 75. Jahrgang. Donnerstag, 13. Februar 1930

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse sowie ausführliche Berichte über die internationalen Börsen, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten

Für Manuskripte keine Verantwortung | Flugsport und Luftverkehr, Am Steuer des Kraftwagens, Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage sowie „Kunst Welt Wissen" mit Roman | Unverlangt keine Manuskripte einsenden

Verantwortl. Leiter Handelsteil: Walther Funk. Polit. Teil: Dr. Richard Jägler, Kunst und Wissenschaft: Hans Köppen. Lokales und Sport: Gerhart Rentner. Inseratenteil: i. V.: A. Lorea, sämtlich in Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8. Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,20 Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugspreis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifband oder Postanweisung. Postanweisungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Oesterreich und Ungarn. Der Bezugspreis beträgt im I. Quartal 1930 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 155 franz. Francs, Belgien 44 Belga, Schweiz 40 schweizerische Franken, Holland 16 holländ. Gulden, Dänemark 22 dänische Kronen, Schweden 27 schwedische Kronen, Norwegen 28 norwegische Kronen, England 30 Schilling, Italien 120 Lire, Rumänien 1200 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 60 Milreis, Argentinien 18 Pesos, Jugoslawien 400 Dinare, Oesterreich 38 Schilling, Litauen 70 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 300 finnische Mark, Estland 22 estnische Kronen, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark, U. d. S. S. R. 30 Goldmark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Leere Ministerbank

im Reichstage.

Die Reichstagsdebatte über den Youngplan wurde gestern nach der Rede des Ministers Wirth durch den deutschnationalen Abgeordneten Dr. Quaatz weitergeführt. Der Redner wandte sich gegen die Versuche, den Sanktionsbegriff zu verwischen und lehnte das Angebot der Regierung, hinter den verschlossenen Türen der Ausschüsse über die Tragweite des Haager Abkommens nähere Auskünfte zu erteilen, mit Entschiedenheit ab. Der Sozialdemokrat Heinig polemisierte gegen den Reichsbankpräsidenten Schacht ganz im Stil der bekannten abgeschmackten „Vorwärts"-Hetze. Der Volkskonservative Dr. Klönne als zweiter Redner der christlich-nationalen Arbeitsgemeinschaft weigerte sich mit Recht, vor einer Ministerbank zu sprechen, auf der sämtliche Kabinettsmitglieder durch Abwesenheit glänzten. Er setzte es durch, daß die Sitzung um eine halbe Stunde vertagt wurde, und daß die Herren Curtius und Moldenhauer sich in der Zwischenzeit wieder im Saale einfanden. Im übrigen unterzog Dr. Klönne den Youngplan und das willensschwache Verhalten der Regierung einer sehr beachtlichen Kritik. Er stellte fest, daß der Endwert der deutschen Reparationsschuld ohne alle Vorleistungen die ungeheuerliche Summe von 700 Milliarden erreicht und kennzeichnete rücksichtslos die Erpresserlaktik der Alliierten, die Deutschland mit dem Messer an der Gurgel zur Unterschrift zwingen wollen. Eine kurze Rede Dr. Moldenhauers brachte keine neuen Momente in die Debatte, die schließlich wider Erwarten nicht zum Abschluß gebracht, sondern neuerdings auf heute mittag vertagt wurde.

(Den Bericht über die gestrige Reichstagssitzung bringen wir auf Seite 2 dieses Blattes.)

Besteht die Botschafterkonferenz weiter?

TU London, 12. Februar.

Außenminister Henderson teilte Mittwoch nachmittag im Unterhause auf Anfrage, ob die Botschafterkonferenz weiter bestünde, mit, daß diese die letzte Sitzung am 18. Januar abgehalten habe. Die Botschafterkonferenz trete „bei seltenen Gelegenheiten" noch zusammen, um sich mit „untergeordneten Fragen technischer Natur, die sich aus der Durchführung des Friedensvertrages ergeben", zu befassen.

Der Raub, der durch den Youngplan sanktioniert wurde.

Für 3 Milliarden Franken deutsches Eigentum in Frankreich „liquidiert."

TU Paris, 12. Februar.

Im auswärtigen Ausschuß der französischen Kammer berichtete der Abgeordnete Dubois, der frühere Vorsitzende der Reparationskommission, über die Liquidierung des deutschen Eigentums in Frankreich auf Grund der Artikel 296 und 297 des Versailler Friedensvertrages, insbesondere über die Liquidierung in Elsaß und Lothringen und in Marokko auf Grund des Youngplanes. Dubois gab die Erklärung ab, daß

die französische Regierung aus dem liquidierten deutschen Eigentum einen Ertrag von drei Milliarden Francs erhalten habe, die sie zur Entschädigung ihrer eigenen Staatsbürger verwandt habe. Auf Grund der Regelung des Youngplanes fielen Deutschland nur einige zehn Millionen zu.

Weiterhin bestimmten die kürzlich getroffenen Abmachungen zwischen der deutschen und französischen Regierung, daß die deutschen Besitzungen in Elsaß-Lothringen und Marokko nur unter der Voraussetzung den deutschen Staatsbürgern zurückgegeben werden könnten, daß hiergegen keine politischen oder anderen Gesichtspunkte sprächen.

— **Keine Rüstungsminderungen in Norwegen.** Nach dreitägiger Finanzdebatte wurde gestern im Storting ein Antrag der Arbeiterpartei, der eine Vermindernng der militärischen und sonstigen unproduktiven Ausgaben und eine Neuordnung der Steuern fordert, mit den Stimmen der übrigen Parteien abgelehnt.

— **Das Jubiläumsgesetz für Reichsverweser Horthy.** Ministerpräsident Graf Bethlen brachte gestern im Budapester Abgeordnetenhaus den Gesetzentwurf ein, in dem die Verdienste des Reichsverwesers während seiner zehnjährigen Reichsverweserschaft gewürdigt werden. Im Zusammenhang hiermit werden mehrere Institutionen, die alle den Namen Nikolaus von Horthys tragen, geschaffen werden.

Der neue Arbeitslosenversicherungsstreit.

Das bedenkliche Verkaufsprojekt der Reichsbahnvorzugsaktien.

Die interfraktionellen Besprechungen über die Finanzlage, die auch gestern zwischen dem Reichsfinanzminister und den Sachverständigen der Regierungsparteien fortgeführt wurden, haben bisher noch keinerlei positives Ergebnis gezeitigt. Ueber die neuen Steuern (ob doppelte Biersteuererhöhung oder einfache Biersteuererhöhung plus Umsatzsteuererhöhung) hat man sich überhaupt noch nicht materiell unterhalten, geschweige denn geeinigt. Auch an die starke Konfliktsmöglichkeiten bergende Frage, an welchen Teilen des Etats die 100 Millionen eingespart werden sollen, hat man sich noch nicht herangewagt, sondern nach altem, parlamentarischen Verlegenheitsbrauch zunächst einmal einen Unterausschuß zur „Prüfung" der Ersparnismöglichkeiten eingesetzt.

Im wesentlichen konzentrierte sich die Diskussion der letzten beiden Tage um das Arbeitslosenversicherungsproblem. Feststehen dürfte, daß das ursprüngliche Projekt Dr. Moldenhauers, durch Herstellung einer Gefahrengemeinschaft zwischen der Arbeitslosenversicherung und den übrigen Sozialversicherungen letztere zur Deckung des Arbeitslosenversicherungs-Defizits mit heranzuziehen, gescheitert ist. Herr Moldenhauer hat inzwischen den Parteien einen neuen Vorschlag unterbreitet, der darauf hinausläuft, die Sozialversicherungen zum Ankauf der im Besitz des Reiches befindlichen 250 Mill. Mark Reichsbahn-Vorzugsaktien zu bewegen und mit dem Erlös dieses Verkaufs das Arbeitslosen-Defizit zu decken. Aber auch dieses Projekt ist inzwischen wieder etwas in den Hintergrund getreten (wenn auch nicht keineswegs erledigt), weil sich vorläufig die Sozialdemokraten auf den Standpunkt stellen, daß die Sanierung der Arbeitslosenversicherung nur durch eine neue Beitragserhöhung auf 4 Prozent und einen fortlaufenden Reichszuschuß bewerkstelligt werden dürfe. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei in den interfraktionellen Besprechungen haben gestern diese Forderungen der Sozialdemokratie rundweg abgelehnt, und wie verlautet, statt dessen eine Herabsetzung der Versicherungsleistungen verlangt. Eine Einigung wurde selbstverständlich nicht erzielt.

*

Was den beabsichtigten oder zur Erwägung gestellten Verkauf der im Besitze des Reiches befindlichen Vorzugsaktien betrifft, so handelt es sich dabei um ein u. E. nicht unbedenkliches Projekt. Es besteht die Gefahr, daß der Markt der Reichsbahnvorzugsaktien durch einen späteren Weiterverkauf aus dem Besitz der Sozialversicherungsanstalten einen starken Druck erleidet und somit die Finanzierungspläne der Reichsbahngesellschaft in Zukunft noch mehr erschwert werden als bisher. Der Uebergang der Vorzugsaktien an die sozialen Versicherungsträger würde auch insofern für die gedeihliche Weiterentwicklung der Reichsbahn und ihrer volkswirtschaftlichen Aufgaben eine schwere Gefahr bedeuten, als das Stimmrecht dieses großen Aktienpaketes von den neuen Besitzern in sozialistischem Sinne ausgeübt, und somit der bisher gut laufende Betrieb der Reichsbahn unheilvollen politischen Einflüssen ausgeliefert werden würde. Versionen, nach denen die Sozialversicherungen das Stimmrecht nicht übernehmen sollten, erscheinen aus rein rechtlichen Gründen unglaubhaft; anscheinend handelt es sich um die auch schon früher erwogene Möglichkeit einer bloßen Verpfändung der Reichsbahnvorzugsaktien an diese Körperschaften, gegen die an sich Bedenken nicht bestehen würden, wenn nicht damit die geringe Kreditwürdigkeit des Deutschen Reiches selbst bei den Sozialversicherungsunternehmungen öffentlich dokumentiert werden würde.

Die bayerische Volkspartei an Moldenhauer.

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz schreibt: Bei der für Ende dieser Woche in Berlin anberaumten Finanzministerkonferenz im Reichsfinanzministerium werde es sich erweisen, ob Minister Moldenhauer endlich der Reichsfinanzminister sei, der den in der bisherigen Finanzpolitik so oft mißachteten Zusammenhang zwischen Reich und Ländern nicht nur theoretisch erkenne, sondern diese Erkenntnis auch zum Leitstern seines Sanierungsplanes mache. Von der Erfüllung dieser Forderung müsse die Bayerische Volkspartei um der Haager Abkommen willen ihre Entscheidung zu diesem Gesetz abhängig machen. Der dunkle Punkt der ganzen Sanierungspläne sei und bleibe die Frage der Erhöhung der Biersteuer. Die Aussicht, daß eine Erhöhung der Biersteuer auch Mehreinnahmen für den bayerischen Staat zur Folge haben müßte, sei kein Lockmittel, um etwa Bayern zu einer Auflockerung seiner grundsätzlichen Haltung in der Biersteuerfrage zu bringen. Man solle sich hier keinerlei falschen Hoffnungen hingeben. Es habe keinen Zweck, etwa durch taktische Finten oder mit Versuchsballons, wie es geschehen sei, eine Aenderung ihrer bisherigen grundsätzlichen Haltung herbeizuführen.

Henderson als Abrüstungs-Pessimist.

Die Tonnageforderungen der Seemächte.

London, 12. Februar.

Die Arbeit der Londoner Flottenkonferenz ist nun soweit fortgeschritten, daß die für die einzelnen Länder in Frage kommende Gesamttonnage bereits genannt wird. Nach den Hauptplänen sollen erhalten: Die Vereinigten Staaten 1197 000 Tonnen, Großbritannien 1 209 000 Tonnen, Japan 722 000 Tonnen. Von diesen drei Zahlen können die ersten beiden als feststehend angesehen werden, während Japan 833 000 Tonnen, Frankreich 800 000 Tonnen verlangt. Italien nennt keine Zahlen, sondern hält an seinem Anspruch auf Gleichstellung mit Frankreich unbedingt fest. Die Verteilung dieser Tonnagen bereitet beträchtliche Schwierigkeiten.

Um 16.30 Uhr fand eine Sitzung des ersten Ausschusses der Konferenz im St.-James-Palast statt, der einen Bericht eines Unterausschusses von Sachverständigen über die Rüstungsbeschränkung nach dem System der Gesamttonnage und Klassenbeschränkung entgegennahm. In einem Communiqué wird erklärt, daß dieser Sachverständigen-Unterausschuß in einigen Punkten der Formel über die Begrenzung der Gesamttonnage und der Tonnage nach Schiffseinheiten zu einiger Einigung gelangt sei. Die französische Delegation habe Tonnage-Ziffern vorgelegt, die, wenn sie auch nur vorläufig seien, doch auf einen „gewissen Fortschritt" schließen ließen. Der erste Ausschuß beschloß, den mit seinen eigenen Bemerkungen versehenen Bericht an die Delegationsführer zu senden. Der erste Ausschuß legte dann dem Sachverständigen-Ausschuß die Beschlüsse über die Unterseeboote vor.

Im Unterhaus

wurde heute der Erste Lord der Admiralität Alexander gefragt, ob die Einschränkung von vier Kreuzern der Hawkins-Klasse einen Teil des auf der Londoner Flottenkonferenz zu treffenden Abkommen bilden werde. Alexander wies darauf hin, daß es bei dem gegenwärtigen Stand der Konferenz unmöglich sei, irgendwelche Vorschläge zu machen. Die Zahl von 50 Kreuzern, auf die sich die britische Wiedergabe festgelegt habe, sei nach sehr sorgfältiger Prüfung der Bedürfnisse des britischen Weltreiches festgelegt worden. Sie sei unter der Voraussetzung angenommen worden, daß die Londoner Konferenz zu einem befriedigenden Abschluß führen werde. Weiter gab Alexander mit besonderem Nachdruck die Erklärung ab,

er beabsichtige durchaus nicht, auch nur eines der zuletzt gebauten britischen Panzerschiffe zum alten Eisen zu werfen.

Auf die Anfrage, inwieweit die Arbeit der Londoner Konferenz mit den „Bemühungen" des Völkerbundes auf Förderung der Weltabrüstung vereinigt werden könnte, erwiderte Außenminister Henderson, daß die britische Regierung in Gemeinschaft mit anderen Mitgliedern des Völkerbundes versuche, in Genf ein allgemeines Abkommen für die Herabsetzung und Begrenzung aller Rüstungen abzuschließen, das die größtmöglichste Publizität des Rüstungsstandes der einzelnen Länder gewährleiste. — Eine andere Anfrage, ob die Bestimmungen des Artikels 8 der Völkerbundssatzungen nicht ausgeführt würden, beantwortete der Außenminister dahin, **er befürchte, daß dies der Fall sei.**

*

Die Antwort Hendersons auf die Anfrage, ob gemäß Artikel 8 des Völkerbundstatuts die Militärmächte nun endlich — oder überhaupt jemals — ihre „nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß herabsetzen" würden, und ob sie ihrer Verpflichtung „zum offenen und vollständigen Austausch aller Nachrichten über den Stand ihrer Rüstungen" nachzukommen gedächten, beleuchtet schlagartig die Situation auf der Londoner Konferenz, wie die Aussichten der Weltabrüstung überhaupt. Worauf Henderson dann aber noch die Hoffnung auf ein allgemeines Abrüstungsabkommen in Genf schöpft, ist sein Geheimnis. Der Tonnage-Schacher in London dürfte ihn nicht dazu ermutigen, denn die oben mitgeteilten Zahlen zeigen, daß keine der Seemächte an eine Verringerung ihres Tonnagebesitzes denkt.

Die Londoner Seekonferenz und Deutschland.

Von

L. Raschdau,

Gesandter a. D.

Die Zusammensetzung und die auf Monate geschätzte Dauer der zur Zeit in London tagenden Konferenz lassen erkennen, welche Bedeutung ihr von den beteiligten Großmächten beigelegt wird. Welchen Ausgang sie schließlich nehmen wird, ist besser nicht zu prophezeien. Freilich rühmte sich der französische erste Vertreter vor seinen Landsleuten, bereits soweit erfolgreich gewesen zu sein, daß eine Festsetzung der verschiedenen Kriegsflotten nicht nach Kategorien, wie sie von Amerika und England gedacht waren, sondern in der Gesamtziffer erfolgen solle. Die Verteilung auf die einzelnen Schiffsarten könne dann von den Ländern, je nach ihren verschiedenen Bedürfnissen erfolgen. Aber schon hat er erfahren müssen, daß damit die Meinungsverschiedenheiten keineswegs behoben sind. Die Verschiedenheit der Interessen führt zur Anregung von Vorschriften, die in ihrer Vielduetigkeit und Verfänglichkeit neuen Gegensätzen Raum geben. Auch in der Marineabrüstung, wie in der zu Lande, werden die stärksten Einwände nach wie vor von Frankreich erhoben. Nur auf solche Weise glaubt diese Macht, in Europa die Stellung bewahren zu können, die sie durch den Weltkrieg errungen hat, und es macht nicht den Eindruck, daß sie dieses Ziel durch die Londoner Abmachungen wird beeinträchtigen wollen. In diesem Bestreben unterscheidet sich der neue Leiter der französischen Politik, obwohl seine öffentliche Sprache gegenüber Deutschland eine bemerkbare Milderung gegen seine frühere Art erfahren hat, in keiner Weise von seinen Vorgängern.

Möchte man sich daher bezüglich des Ergebnisses der Konferenz nicht allzugroßen Erwartungen hingeben, so ist ihre Bedeutung doch nicht zu unterschätzen. Das politische Verhältnis der Großmächte untereinander dürfte durch den Ausgang der Verhandlungen wesentlich beeinflußt werden, und gerade von dieser Seite werden die Vorgänge für uns Deutsche besonderes Interesse bieten. Es ist hie und da die Frage aufgeworfen worden, warum Deutschland sich an der Themse nicht beteiligen sollte, und man hat dabei auch auf den besonderen Charakter unseres neuen Kreuzers und die Möglichkeit eines weiteren Ausbaues unserer Kriegsflotte hingewiesen, wie sie der Versailler Vertrag zuläßt. Zunächst möchte ja bei der Geringfügigkeit unserer Seerüstung und ihrer vertragsmäßigen Festlegung für England kein Anlaß vorliegen, uns zu den Verhandlungen einzuladen. Wahrscheinlich denkt man sich dort die Entwicklung so, daß die Ergebnisse der Konferenz dem Völkerbund werden vorgelegt werden und dessen Zustimmung beantragt wird. Das würde eine reine Formsache bedeuten, denn es liegt auf der Hand, daß, sobald sich die fünf beteiligten Großmächte zu einem Abrüstungsplane einigen, er für die Haltung aller übrigen Mächte entscheidend werden würde. Immerhin ist dieser Umstand und die geringe Rolle, die Deutschland vorerst als Seemacht spielt, nicht allein entscheidend für die Beantwortung der Frage, wie unsere Beteiligung an der Konferenz zu beurteilen sei.

Die Abrüstung, ob zu Wasser oder zu Lande, wird sich im weiteren Verlauf nicht trennen lassen. Wir haben auf Grund des Versailler Vertrages ein Anrecht, daß, nachdem wir unsere Wehrmittel so gut wie vollständig zerstört haben, wir von den Mitunterzeichnern des Vertrages die gleiche Erfüllung verlangen dürfen, und es ist zu beklagen, daß bisher, wenn insbesondere Frankreich uns den Vorwurf der Nichteinhaltung machte, wir es nicht auf seine eigene Mißachtung verwiesen haben. Diesen Einwand müssen wir — neben anderen Bemängelungen — uns vorbehalten. Dieses Verhalten, nämlich möglichste Verhinderung der zugesagten Abrüstung wird Frankreich auch weiter beobachten. Lloyd George, von dem wir, seit er nicht mehr die Geschicke seines Landes leitet, sehr vernünftige und besonders die deutsche Lage sehr zutreffend beurteilende Aeußerungen aus öffentlichen Reden und Artikeln kennen, hat gelegentlich geäußert, Frankreich werde nicht eine Kompagnie streichen. Wo es etwa geschah, wurde die Gesamtrüstung in anderer Weise ergänzt. Neben dem Festungsgürtel mit seinen unterirdischen Verbindungen soll womöglich eine ununter-